



## Flüchtlingpolitisches Wort der leitenden Geistlichen zur Lage in Afghanistan

Die Entwicklung der vergangenen Monate in Afghanistan, speziell die Ereignisse im Umfeld des Abzuges der westlichen Streitkräfte, hat uns tief erschüttert. Trotz vielfacher Warnungen – auch seitens der Evangelischen Kirche – ist das politische Versagen des Westens in seinem Engagement für Afghanistan offenbar geworden. Menschen aus Afghanistan haben in den vergangenen Jahren beim Aufbau eines demokratischen Landes geholfen, haben sich für Menschenrechte engagiert. Sie haben für die Streitkräfte des westlichen Bündnisses, für deren Subunternehmen oder für Entwicklungshilfeorganisationen gearbeitet. Sie sind nun massiver Gefahr ausgesetzt. Sie fühlen sich zu Recht von Deutschland und von Europa im Stich gelassen.

Nachdem die mediale Aufmerksamkeit offenkundig wieder in den Hintergrund tritt, bitten wir die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern nachdrücklich, Afghanistan und seine Bewohnerinnen und Bewohner nicht zu vergessen und die Zusagen, die der Westen gemacht hat, einzulösen.

Mit dem Abzug aller Streitkräfte endet unsere Verantwortung als Europäerinnen und Europäer gerade nicht! Viele Afghaninnen und Afghanen sowie ihre Familien haben sich bei ihrem Einsatz für Demokratie und eine offene Gesellschaft auf die Zusicherung des Westens verlassen. Diese Menschen sind in besonderer Weise „unsere Flüchtlinge“. Gerade auch für sie müssen Fluchtwege nach Europa offengehalten und die Aufnahme von Geflüchteten aus Afghanistan ermöglicht werden.

Gleichzeitig denken wir an Menschen afghanischer Herkunft, die zum Teil seit vielen Jahren in Deutschland leben. Die Anfragen, die unsere Landeskirchen und kirchlich-diakonischen Beratungsstellen erreichen, belegen die Verzweiflung, mit der viele für ihre Verwandten im Herkunftsland nach einem Ausweg suchen. Außerdem haben nicht wenige von ihnen auch jetzt noch immer keinen gesicherten Aufenthalt in Deutschland erhalten.

Deshalb appellieren wir an alle politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern, auch und gerade in der innenpolitisch offenen Situation nach den Wahlen,

- großzügige humanitäre Aufnahmeprogramme aufzulegen. Neben den Ortskräften und ihren Familien sollten auch Journalistinnen und Journalisten, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie aktiv am Aufbau eines demokratischen Afghanistan Beteiligte einbezogen werden;
- den Familiennachzug zu in Deutschland lebenden Schutzberechtigten erheblich zu erleichtern und zu beschleunigen;

## Flüchtlingspolitisches Wort der leitenden Geistlichen zur Lage in Afghanistan

- ein nennenswertes Resettlement-Kontingent für besonders schutzbedürftige afghanische Flüchtlinge bereitzustellen;
- neben einem Bundesaufnahmeprogramm auch Landesaufnahmeprogramme aufzulegen für Angehörige bereits in Deutschland lebender Afghanen und Afghaninnen;
- den Ländern und Kommunen, die sich zu einer Aufnahme bereit erklärt haben, diese endlich zu ermöglichen;
- allen hier bei uns lebenden Afghaninnen und Afghanen einen sicheren Aufenthaltsstatus zu geben und dann auch für sie den Familiennachzug schnell zu ermöglichen. Dies geht nur, wenn der Entscheidungsstopp des BAMF bei Asylverfahren von Menschen aus Afghanistan beendet wird;
- in Deutschland lebende und auch neu ankommende Afghaninnen und Afghanen zügig aus den Erstaufnahmeeinrichtungen auf die Kommunen zu verteilen und den Zugang zu notwendiger psychosozialer Unterstützung sowie zu weiteren Integrationsmaßnahmen und -möglichkeiten zu gewährleisten.

Es bedarf jetzt ernsthafter Schritte aller politisch Verantwortlichen. Die Evangelische Kirche im Rheinland, die Evangelische Kirche von Westfalen und die Lippische Landeskirche sowie ihre Kirchengemeinden sind gerne bereit, gemeinsam mit einer engagierten Zivilgesellschaft die Aufnahme und Integration der Geflüchteten zu unterstützen und zu begleiten.

14. Oktober 2021



Präses  
Dr. Thorsten Latzel  
Evangelische Kirche  
im Rheinland



Präses  
Dr. h. c. Annette Kurschus  
Evangelische Kirche  
von Westfalen



Landessuperintendent  
Dietmar Arends  
Lippische Landeskirche